

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 21. Juni 1927.

233  
Zweite Ausgabe

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 21. Juni 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung und teilt mit, dass der Antrag, die Verträge mit dem Wiener Apotheker-Hauptgremium wegen Führung der Anstaltsapothek im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz und der Anstaltsapothek in der Wiener Landes-, Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof zeitgerecht zu kündigen, inzwischen wegen Dringlichkeit auf Grund des § 96 der Verfassung genehmigt wurde. Der Gemeinderat tritt dann sofort in die Verhandlungen ein und Gemeinderat Thälle (Soz. Dem.) ersucht um Bewilligung eines Zuschusskredites von 108.979 Schilling zur Deckung der noch nicht verrechneten Ausgaben für das Theater- und Musikfest der Stadt Wien. Die Ausgaben belaufen sich auf 326.922 Schilling, die Einnahmen auf 65.118 Schilling. Die Differenz macht 261.804 Schilling aus. Für sie wurde bereits ein Zuschusskredit von 52.826/angesprochen und für den Restbetrag von 108.975 Schilling muss nun der zweite Zuschusskredit bewilligt werden. Die Abrechnung über das Fest hat sich deshalb solange verzögert, weil mit einer Reihe von ausländischen Verlagsfirmen komplizierte Verträge abgeschlossen worden sind und mit einer Reihe von Künstlern, die keinen ständigen Wohnsitz haben, die immer auf Reisen sind, Abmachungen getroffen worden sind, deren Erledigung einen umfangreichen Korrespondenz bedarf. Alle Beschlüsse der gemeinderätlichen Kommission wurden einstimmig gefasst, es gab daher keine Differenzen. Das Fest bot in künstlerischer Beziehung eine Auslese von künstlerischen Darbietungen. Die Uraufführung der Zehnten Sinfonie von Mahler war ein künstlerisches Ereignis und in zahlreichen Konzerten kamen alle Richtungen und Arten der Kunst zur Geltung, wurde kirchliche und weltliche Musik geboten. Das Johann Strauss-Konzert war geradezu der Höhepunkt des Festes. In der Staatsoper wurde Don Juan von Gluck aufgeführt und ebenso die Ruinen von Athen. Es wurden auch lebende Komponisten zu Gehör gebracht, wie z.B. Schrecker, Korngold und a.m. Im Rahmen des Theaterfestes wurde Schmitzler aufgeführt, das Apostelspiel vom Max Mell, Bahr, von Nestroy Das grobe Hemd, Der Kaiser im Wald, Die glückliche Hand und noch vieles mehr. Die grosse theatertechnische Ausstellung im Konzerthaus hatte wohl keinen finanziellen, aber einen durchaus ideellen Erfolg. Der Erfolg des Festes selbst kann als ein ganz gewaltiger Erfolg gewertet werden und ich bitte daher, in Würdigung des grossen künstlerischen Erfolges des Theater- und Musikfestes dem Antrag zuzustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

StR. Rummelhardt (E.L.) erklärte, dass es einen sehr grossen Enthusiasmus bedarf, um von einem hohen künstlerischen Erfolg sprechen zu können. Der Referent hat gesagt, dass alle Beschlüsse einstimmig gefasst wurden. Da irrt er sich. Es hat stundenlange Debatten gegeben und wir haben uns dagegen mit allen Mitteln gegen Dinge gewendet, die in Wien nicht bodenständig sind, die der Ansicht der Wiener Bevölkerung nicht entsprechen. Um von den Neuerungen zu sprechen, die auf dem Fest geboten wurden, so muss man sagen, dass manche Schöpfer nicht zu finden waren. Sie müssen rein dem Geschlecht des ewigen Juden angehört haben. Mit Ausnahme jener künstlerischen Werke, die unvergänglich sind und bleiben, hat man heute das andere Zeug schon total vergessen. Wir haben Sie vor diesem Experiment gewarnt und die Gemeinde Wien muss wirklich viel Geld haben, um für dieses Experiment so viel Geld ausgeben zu können. Die Gründe der verspäteten Abrechnung glaube ich nicht. Der einzige Grund der zu späten Abrechnung ist einzig der, dass Sie sich mit der Abrechnung <sup>nicht</sup> in die Öffentlichkeit getraut haben, dass Sie vor den Wahlen nicht sagen wollten, wieviel Geschmacklosigkeit Sie für das Fest verwendet haben. Wir haben Sie davor gewarnt und es ist auch nicht notwendig gewesen,

die Leitung des Festes dem Dr. Bach zu übergeben. Aber gerade Dr. Bach musste sein, der so weit fremd von der künstlerischen Auffassung der Wiener Bevölkerung ist. Was eben in vielen Werken geboten wurde, war uns fremd. An die glückliche Hand werden wir mit Schauern zurückdenken. Es war ein elendes Machwerk. In der Volksoper wurde es einmal gegeben. Bei der zweiten Vorstellung waren nur drei Galeriestitze im Vorverkauf verkauft und das hat die Direktion veranlasst, das Stück abzusetzen und dafür den Troubadour aufzuführen. Das ist kein künstlerischer Erfolg. Nicht einmal die eigenen Anbeter des Herrn Dr. Bach müssen zu dieser Vorstellung hineingegangen sein. Das wäre aber noch nicht das Schrecklichste; Man hat mit dem Geld nur so herumgehaut, dass die glückliche Hand überhaupt aufgeführt werden konnte. Zwei Orchesterreihen mussten weggenommen werden, das Orchester musste so eingerichtet werden, dass es sich senken und heben liess. Das hat nicht weniger als sechshundert Millionen gekostet. Vierhundert zahlte die Gemeinde und zweihundert die Volksoper. Und der schliessliche Erfolg ist, dass das Orchester jetzt nicht in die Höhe geht. (Heiterkeit). Das ist der Erfolg des Theaterfestes in der Volksoper. Auch bei der Ausstellung über das Theaterwesen weiss man nicht, welchen Zweck sie gehabt habe. Der Referent hat auch eine Reihe von Stücken hervorgehoben. Das Schwert des Attila z.B. war so was Kindisches, wie es uns überhaupt noch nicht vorgekommen ist. Viele Werke verschwanden auf Nimmerwiedersehen. Es hat so den Anschein, als ob gewisse Dichter protegirt wurden, nur um einmal aufgeführt zu werden. Der Erfolg hat nicht länger gedauert als das Fest selbst. Das war auch bei der Spiralbühne der Fall, die ein Ding der Unmöglichkeit war. Das Fest war überhaupt ein Restümmer der verrücktesten Ideen. Das ist der Zug der Sozialdemokratie, die alles alte für Null und Nichtig erklärt, und neues dafür setzen will. Das Theater- und Musikfest sollte, so wurde gesagt, der Anfang einer neuen Epoche sein. Wäre das aber zutreffend, so wäre das der Niedergang der Musik und der darstellenden Kunst gewesen. Die Kritiken haben es ja auch bewiesen. Und die Arbeiter-Zeitung stand nicht an der Spitze derjenigen Blätter, die das Theater- und Musikfest verteidigt haben. Sie haben auch das Wort Neumunderei geprägt. Das Wort umfasst jene Musikstücke, die das neue, das bahnbrechende bedeuten. Der Erfolg war ein schrecklicher. Es hat das verdiente Schicksal gefunden, bald vergessen zu sein. (Sehr richtig!) Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die Ausgabe von verschleuderten Gemeindegeldern zu genehmigen. Es ist aber eine unnötige Sache und des Gemeinderates unwürdig ist es, die Genehmigung erst nach zwei Jahren zu erteilen. Der Sitz der Neumunderei soll, so wurde mir gesagt, im Salon der Frau Mahler gewesen sein. Der Redner kam dann auf die Liste des geistigen Wiens zu sprechen, die 39 Unterschriften trug. Er bezeichnet es als unerhört kühn, dass sich Neumunderei anmassen, sich geistiges Wien zu nennen, und dass alle übrigen Gelehrten und Künstler vom geistigen Wien so quasi ausgeschlossen sind. Das Theaterfest war so eine Schöpfung des geistigen Wiens, deren Träger damals ihre Unterschrift gaben. Es tut mir nur in der Seele weh, dass Sie sich in Ihrer Gesellschaft befinden. Wenn ich dem Professor Kelsen neben dem Grünbaum sehe, so ist das eine Verirrung sondergleichen. Das neue, das auf dem Fest geboten wurde, weist die christlich-deutsche Bevölkerung zurück, sie will mit einer solchen Afterkunst nichts zu tun haben. (Beifall).

G.R. Thaller entgegnet, dass der künstlerische Geschmack der Menschen verschieden ist. Was heute hier Afterkunst genannt worden ist, damit sind viele Parteigenossen des Vorredners einverstanden. Man müsse eine derartige Rede als Ammassung betrachten. Es ist absolut nicht richtig, nur das, was die Vergangenheit geschaffen hat, als hohe und edle Kunst zu werten und die moderne Kunst als Blödsinn abzutun. Richard Wagner, Mozart und Beethoven wurden lange Jahre nicht anerkannt; heute gelten sie als die grössten Tonkünstler aller Zeiten. Es ist sehr falsch, wenn man sich heute

ein derartiges Urteil über die "Neutöner" anmasset. Es ist gar kein Zweifel darüber, dass diese Veranstaltung wirklich ein grosser künstlerischer Erfolg war. Wenn schliesslich noch gesagt wurde, dass nur 29 Menschen in dieser Stadt sich gefunden haben, um das geistige Wien zu repräsentieren, dann hat auch das seine Gründe. Es gibt in Wien viele tausende Künstler, die mit uns sind, die aber aus verschiedenen Gründen das nicht vor aller Welt zeigen wollen. (Lebhafter Beifall).

Der Zuschusskredit wird mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

G.R. Weigl (soz. dem.) beantragt die Gewährung einer Subvention von sechshundert Schilling an die Hietzinger Freiwillige Rettungsgesellschaft. Der Antrag wird ohne Wortmeldung angenommen.

G.R. Weigl berichtet über das Ansuchen des Schubert-Denkmalkomitees um eine Subvention. Die Idee für ein solches Denkmal stammt vom Schubertbund. Es soll in der Alserbachstrasse, Ecke Lichtensteinstrasse im Lichtensteingarten aufgestellt werden. Die Brunnenfigur stammt vom Bildhauer Stundl, den architektonischen Teil hat der Architekt Franz Matschek entworfen. Das Denkmal soll anlässlich des hundertsten Todestages Schuberts enthüllt werden. Es wird beantragt hierfür eine Subvention von fünftausend Schilling zu bewilligen.

G.R. Erban (E. L.) meint, dass es architektonisch wirksamer wäre, den Denkmalbrunnen am Althanplatz vor dem Franz-Josefs-Bahnhof aufzustellen. Wenn dies aber nicht möglich sei, dann müsse endlich dieser Platz ausgestaltet werden.

G.R. Weigl erwidert, dass im Komitee auch gewisse Bedenken bezüglich der Platzfrage herrschten. Man hat sich aber schliesslich auf die Stelle in Lichtensteinschen Garten geeinigt. Dort kommt das Denkmal auch stärker zur Geltung, weil ein lebhafter Verkehr an diesem Kreuzungspunkt sich abwickelt.

Die Subventionierung wird einstimmig beschlossen.

G.R. Weigl beantragt der Landesvertretung der befugten Zahn-techniker für den Forstner-Partik-Wohlfahrtsfonds eine Subvention von tausend Schilling zu gewähren.

G.R. Stöger (E. L.): Eshandelt sich hier um den Wohlfahrtsfonds einer Landesgruppe, die um ihre Existenz zu kämpfen hat. Es gilt jenen Bedauernswerten zu helfen, die durch Alter, Krankheit usw. zermürbt, nicht mehr ihren Beruf ausüben können. Wenn dies mit dieser Subvention erreicht werden soll, dann ist sie viel zu gering. Dieser Stand wird von der tristen Wirtschaftslage am stärksten betroffen. Interessant ist schon die Verteilung dieses Standes. Im ersten Bezirk sind bei 43.000 Einwohner 172 Zahnärzte, 41 Zahntechniker, in Favoriten sind bei 142.000 Einwohnern nur 4 Zahnärzte und 30 Zahntechniker und in Simmering bei 46.000 Einwohnern nur ein Zahnarzt und 7 Techniker. Dafür aber gibt es in Favoriten 47 und in Simmering 23 Schnapsbuden. Die Schnapspest wird also leider durch die Gemeinde stark gefördert. Freilich, solange Hunderttausende ihr Nahrungsbedürfnis nicht restlos befriedigen können, ist auch ein Aufblühen der Dentistik nicht zu denken. Dazu kommt noch die grosse Konkurrenz zwischen Aerzten und Technikern. Es gibt in Wien rund 600 Aerzte aber beinahe 1200 Techniker. Dazu gesellen sich noch das Treiben jener Strauchritter, die das Gewerbe ohne Berechtigung ausüben. Die Gemeindeverwaltung hat die Pflicht und die Macht hier klärend einzugreifen. Es gibt für beide Stände nur eine Möglichkeit das Leben erträglicher zu gestalten, wenn sie gemeinsam arbeiten. Nun hat man aber die Zahnärzte auf den Aussterbeetat gesetzt. Es gibt wohl Zahntechniker aber keine Zahnärzte. Der Redner zitiert nun verschiedene Gesetzesstellen und eine Verwaltungsgerichtshofentscheidung, worauf Bürgermeister Seitz ihn ersucht zur Sache zu sprechen. Gemeinderat Stöger entgegnet, dass diese tausend Schilling beim Fenster hinausgeworfen sind, wenn die Gemeinde nicht -

anders eingreift. Er setzt nun seine Ausführungen fort und spricht von der Zahmextraction, worauf der Bürgermeister abermals unterbricht und aufmerksam macht, dass das mit der Subvention nichts zu tun hat. Gemeinderat Stöger spricht nun über die Zahnärzte, die sich gegen Anzeigen wegen unbefugter Ausübung des Gewerbes verwahrt haben. Der Bürgermeister unterbricht neuerlich und macht aufmerksam, dass er, wenn nicht zur Sache gesprochen wird, mit der Entziehung des Wortes vorgehen müsse. Gemeinderat Stöger sagt, dass er ausserstande wäre ein Urteil über diese Subvention abzugeben, wenn er die Sorgen dieses Standes nicht besprechen dürfe. Um aber nicht den Unwillen des Vorsitzenden heraufzubeschwören, werde er auf die Monopolstellung, die sich die Zahnärzte in den Krankenkassen geschaffen haben zu sprechen kommen. Der Bürgermeister unterbricht den Redner neuerlich und erklärt, dass man dem Gemeinderat nicht zumuten könne, sich das gefallen zu lassen. Gemeinderat Stöger erklärt, dass er nur über die Zahnärzte und Zahntechniker rede. Man könne nicht sagen, ob diese Monopolstellung für die Gemeinde vorteilhaft sei. Bürgermeister Seitz: Nach Paragraph 11 der Geschäftsordnung bin ich gezwungen dem Redner das Wort zu entziehen. (Grosser Lärm bei der Minderheit. Man hört die Rufe: Ungehört! Freiheit im Gemeinderat!)

G.R. Rummelhardt (E. L.) gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass ein Redner der Minderheit seine Ansicht nicht entwickeln kann.

Der Bürgermeister ersucht auch den Gemeinderat Rummelhardt zur Sache zu sprechen. Gemeinderat Rummelhardt erklärt, dass es nicht angehe, die Redner der Minderheit als Vorsitzender in ihren Ausführungen zu beschränken.

G.R. Stöger hat sich inzwischen abermals zum Wort gemeldet und setzt seine frühere Rede fort. Nach einigen Sätzen kommt er auf die städtische Krankenfürsorgeanstalt zu sprechen und erklärt, dass dort der Parteischwiegersohn angestellt sei.

Bürgermeister Seitz: Es hat doch keinen Sinn, dass mit dem Gemeinderat ein solches Spiel getrieben wird! (Lärm und Zwischenrufe bei der Minderheit). Gemeinderat Stöger: Nur weil der Herr Vorsitzende mein oberster Chef ist, unterlasse ich es, darauf die richtige Antwort zu geben! (Rufe bei der Mehrheit: Frechheit! Ungehört! Benehmen!).

Bürgermeister Seitz: Ich muss es natürlich dem Herrn Gemeinderat/selbst überlassen, beziehungsweise seinen Wählern ob sie dieser Auffassung sind, dass ein Gemeinderat sich in Ausübung seines Amtes von den privaten Beziehungen zu seiner Stellung leiten lässt. Für mich spielt die private Stellung irgend eines Gemeinderates gar keine Rolle!

G.R. Stöger: Ich unterlasse es weiter vom Parteischwiegersohn zu reden, aber ein anderer Mann hat von der Krankenfürsorgeanstalt -

Bürgermeister Seitz: Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Sache!

G.R. Stöger: Ein Zahnarzt hat sogenannte Bandolfsche Klammern verwendet und wurde vom Gericht gestraft.

Bürgermeister Seitz: Ich rufe Sie zum drittenmal zur Sache!

G.R. Stöger spricht abermals von den Klammern, worauf ihm der Bürgermeister das Wort entzieht. Es entsteht bei der Minderheit grosser Lärm. Gemeinderat Haider ruft: Das hat es in der Monarchie nicht gegeben. Als der Lärm sich etwas gelegt hat sagt Gemeinderat Stöger: Herr Bürgermeister darf ich nun zum Schluss eilen?

G.R. Doppler (E. L.) bezeichnet diese Subvention als sehr notwendig, aber es ist der Betrag zu gering. Er wünscht schliesslich in der Krankenfürsorgeanstalt eine gewisse paritätische Behandlung der Zahnärzte und Zahntechniker. Die Zahntechniker wollen Arbeit und Verdienst haben. Das soll nicht durch eine einseitige Begünstigung der Zahnärzte erschwert werden. Nur deshalb hat Gemeinderat Stöger das Wort ergriffen und die Min-

derheit verahre sich sehr energisch dagegen, dass man sie hindere durch eine solche Art der Geschäftsführung ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen.

G.R. Untermüller (E.L.) beantragt, dass dem Gemeinderat Stöger noch ein drittes Mal das Wort erteilt wird.

Der Antrag wird abgelehnt, was von der Minderheit mit heftigen Pfuirafen aufgenommen wird.

G.R. Dr. Motzko (E.L.) wendet gegen den Antrag nichts ein, protestiert aber dagegen, dass die Kompetenz des Ausschusses für Wohlfahrtswesen in Subventionsangelegenheiten missbraucht wird.

GR. Geschlät (E.L.) erklärt, dass die Summe von tausend Schilling viel zu gering sei. Gerade der Stand der Zahntechniker bedarf der Hilfe, weil er ja mit der Zeit aussterben wird.

GR. Hofbauer (Soz. Dem.) meldet sich nun zum Wort und stellt den Antrag auf Schluss der Debatte. In diesem Moment entsteht bei der Minderheit grosser Lärm. GR. Preyer (E.L.) schlägt mit der Hand auf den Tisch und ruft: Das heisst Demokratie! GR. Doppler (E.L.) ruft: Das ist demokratische Redefreiheit! Als Bürgermeister Seitz den GR. Preyer um Ruhe bittet und ihm schliesslich zur Ordnung ruft, wächst der Lärm noch mehr an und dem Bürgermeister wird von den Mitgliedern der Minderheit zugerufen: Das ist der Volksbürgermeister? Das ist ein politisches Kabarett. GR. Preyer ruft: Herr Bürgermeister, das ist ein Skandal! Der Bürgermeister mahnt wiederholt zur Ruhe. Als der Lärm ein wenig abflaut, erklärt der Bürgermeister, dass jedes Gemeinderatsmitglied das Recht habe, Anträge zu stellen. Es geht aber nicht an, dass der Antragsteller deswegen behelligt wird. GR. Merbaul (E.L.) ruft ihm darauf zu, solche Anträge sollen gleich am Anfang der Sitzung gestellt werden, dann können wir gleich nachhause gehen. Unter Lärm wird der Antrag Hofbauer angenommen. Hofbauer meldet sich nun wieder zum Wort und beantragt die Wahl eines Generalredners. Wieder entsteht bei der Minderheit grosser Lärm. GR. Preyer ruft: Das ist ein Skandal! GR. Untermüller (E.L.): Wir brauchen überhaupt keine Debatte. Im andauernden Lärm ruft Bürgermeister Seitz den GR. Preyer neuerlich zur Ordnung und ladet ihn ein, sich an die parlamentarischen Formen zu halten. Während die Sozialdemokraten die Worte des Bürgermeisters mit Beifall aufnehmen, wächst der Lärm bei der Minderheit noch mehr an. Rufe werden laut: Wir protestieren gegen diese Vergewaltigung. Schliesslich wird unter Lärm der Antrag Hofbauer angenommen. Nach der Abstimmung rufen die Mitglieder der Minderheit den Sozialdemokraten zu: Pfui, schämt Euch! Das ist die Freiheit!

Als Generalredner spricht nun StR. Rummelhardt, der erklärt, dass in jeder parlamentarischen Körperschaft die Minderheit sich ihr Recht erkämpfen muss. Es ist aber traurig, was die Minderheit hier im Saal erlebt. Die Partei, die mit allen möglichen Mitteln in den Ausschüssen des Parlaments jede Arbeit unmöglich macht, die uns hier die Freiheit nimmt, die hat das Recht verloren, vom parlamentarischen Anstand reden zu können. (Beifall bei der Minderheit). Wir verahren uns entschiedenst gegen die Knebelung durch die Mehrheit. Wenn in dieser Weise weiter so gegen uns vorgegangen werden wird, werden wir mit allen parlamentarischen Mitteln die Verhandlungen des Gemeinderates unmöglich machen. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit). Die Sitzung hat in voller Ruhe angefangen und ist in voller Ruhe verlaufen. Der Herr Bürgermeister hat das ganze heraufbeschworen. Wir lassen uns das nicht gefallen und fordern den Bürgermeister auf, seine demokratische Unparteilichkeit zu bewahren. Wenn der Bürgermeister sein Versprechen, unparteilich zu sein, einhält, wird er geordnete Gemeinderats-sitzungen haben; wenn aber nicht, dann wird es überhaupt keine Sitzungen mehr geben. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit, der lange andauert). Auf die Anwürfe des Stadtrates Rummelhardt erwidert Bürgermeister Seitz,

dass jedes Gemeinderatsmitglied das Recht beanspruchen kann, dass nur zur Sache gesprochen wird. Ich muss daher auf dieses Recht achten. Was die weiteren Bemerkungen anlangt, so sage ich, dass Drohungen bei mir niemals fangen. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Nach dem Schlusswort des GR. Weigl, der erklärt, dass mit Ausnahme von Subventionen, die den Sport und die Jugendfürsorge betreffen, alle Subventionsansuchen im Finanzausschuss behandelt werden, wird nach einigen tatsächlichen Berichtigungen des GR. Stöger der Referentenantrag angenommen und der Antrag Stöger der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

GR. Fischer ersucht um die Genehmigung, neue, starke Motore und Fahr-schalter für Strassenbahnwagen anzuschaffen und hierfür einen Sachkredit von 1,110.000 Schilling zu bewilligen.

GR. Schels (E.L.) nimmt in längeren Ausführungen zu dem Antrag Stellung und stellt an den Referenten die Anfrage, ob die stärkeren Motore etwa die Fahrtgeschwindigkeit der Strassenbahn erhöhten. Er wendet sich gegen eine eventuelle Erhöhung der Fahrtgeschwindigkeit und ersucht schliesslich, die Bestellungen rasch durchzuführen und die Lieferungen zeitgerecht zu terminisieren.

Nach der Aufklärung durch den Referenten, dass stärkere Motore nur wegen ihrer erhöhten Lebensdauer angeschafft werden, wird der Antrag sodann angenommen.

GR. Friedjung ersucht um Genehmigung eines Zuschusskredites für das Institut der Krüppelfürsorge für Fabrikationsmaterial in der Höhe von 822 Schilling.

StR. Dr. Motzko (E.L.) erklärt, dass das Institut leider noch ein Torso der Krüppelfürsorge sei. Das Institut wurde vor einigen Jahren von der privaten Fürsorge übernommen. Neues aber wurde noch nicht geboten. Sie wünscht den Ausbau der Heilfürsorge für krüppelhafte Jugendliche und ersucht die Gemeindeverwaltung, dem gesamten Problem der Krüppelfürsorge näher zu treten und eine ökonomische Fürsorge zu betreiben. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erklärt GR. Friedjung, dass es die vornehmste Aufgabe der Wiener Gemeindeverwaltung ist, die Entstehung von Krüppeln überhaupt zu verhindern. Tuberkulose Kinder müssen vor der Tuberkulose gerettet werden und erwachsene Menschen vor den furchtbaren Gefahren und Wirkungen des Kriege s. Dann wird eine Krüppelfürsorge nicht nötig sein.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Dr. Friedjung beantragt die Genehmigung eines Nachtragskredites von 2131 Schilling zu den bereits bewilligten Sachkredit von 70.000 Schilling für die gärtnerische Ausgestaltung der Zufahrtsstrasse zum Krematorium.

GR. Daffinger (E.L.) erklärt, dass die Minderheit selbstverständlich für jede gärtnerische Ausgestaltung stimme. Die Gemeindeverwaltung lasse aber viele gärtnerische Anlagen verfallen. Er weist einen Strauss Unkraut vor und erklärt, dieses Unkraut auf den Promenadenanlagen der Rossauerländer gepflückt zu haben. Mit solchem Unkraut dürfen die gärtnerischen Anlagen nicht bewachsen sein und es sei höchste Zeit, den Anlagen eine grössere Aufmerksamkeit zu widmen.

GR. Frinke (E.L.) findet die Kosten der Ausgestaltung zu hoch und stellt an den Referenten die Anfrage, ob die Ausgestaltung der Zufahrtsstrasse tatsächlich so viel beanspruche.

GR. Dr. Friedjung erklärt in seinem Schlusswort, dass die Kosten der gärtnerischen Ausgestaltung der Zufahrtsstrasse tatsächlich so viel betragen haben.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Dr. Friedjung ersucht um Genehmigung der Einstellung von weiteren vierzig Saisonarbeitern vom 1. April bis 15. Oktober für die Verbesserung der Friedhofswege. Die Kosten betragen 60.000 Schilling, wofür ein Zuschusskredit angesprochen werden muss.

GR. Daffinger (E.L.) macht auf verschiedene Uebelstände bei Beerdigungen aufmerksam und wünscht, dass die Gemeindeverwaltung den Zuständen auf den Friedhöfen mehr Aufmerksamkeit als bisher schenken soll.

GR. Prinke (E.L.) erklärt, dass die Arbeiter und Angestellten auf dem Zentralfriedhof unter einem un erträglichen politischen Joch stehen. Besonders das Spitzelwesen blühe und gedeihe. Beförderungen werden nicht von Fähigkeiten abhängig gemacht, sondern von der politischen Zugehörigkeit. Er wendet sich insbesondere gegen das Prämiensystem und wünscht, dass es sobald wie möglich aufgelassen werde. Eine Vermehrung der Arbeiter auf dem Zentralfriedhof wäre äusserst notwendig.

GRin. Wieloch (E.L.) kritisiert ebenfalls die Zustände auf dem Zentralfriedhof. Sie sind gegen jede Pietät. Sie wünscht eine billigere Gräberausstattung und die Einstellung von nur bodenständigen Arbeitern.

GR. Hörmayer (E.L.) wünscht eine Instandsetzung der Wege zwischen den einzelnen Gräbern.

In seinem Schlusswort erklärt GR. Dr. Friedjung, dass die Friedhofsgebühren seit 1922 nicht mehr erhöht wurden. Valorisiert betragen die Friedhofsgebühren heute die Hälfte der Friedensgebühren. Ein Prämiensystem, das zugleich Akkordlohn ist, bestehe überhaupt nicht.  
Der Antrag wird angenommen.

GR. Hellmann (Soz. Dem.) beantragt die Errichtung einer vorläufig vierklassig organisierten Sonderschule für krüppelhafte schulpflichtige Kinder im städtischen Schulgebäude in Rudolfsheim, Kauergasse Nr. 5. Dem vom Stadtschulrat für Wien hinsichtlich dieser Sonderschule seit Schulbeginn 1926/27 getroffenen Verfügungen wird zugestimmt.

GRin. Schläsinger (E.L.) begrüsst die Errichtung der Sonderschule, bemängelt aber, dass die Schule, die für alle Wiener Krüppelkinder geschaffen wurde, nicht in einem zentraler gelegenen Gebäude errichtet wurde. Es wäre auch sehr wünschenswert, dass die Kinder, die ja meistens von ihren Eltern in die Schule geführt werden müssen, mit Sammelautos in Begleitung einer Fürsorgerin in die Schule gebracht werden. Sie wendet sich dagegen, dass in der Sonderschule kein Religionslehrer eingestellt und den Kindern kein Religionsunterricht gegeben wurde. Das ist ein Vergehen gegen das Reichsvolksschulgesetz, gegen das Kindesrecht und das Elternrecht. Sie stellt deshalb den Antrag, der Bürgermeister wolle den Stadtschulrat anweisen, für die Erteilung des Religionsunterrichtes pflichtgemäss Vorsorge zu treffen, dass ferner an allen Hilfsschulen, wo Parallellklassen bestehen, die Schüler nach Geschlechtern getrennt werden und dass endlich für die Systemisierung <sup>ni</sup> positiver Religionslehrerstellen Sorge getragen werde.

G. R. Hellmann entgegnet, dass die Beschwerden untersucht werden, worauf der Antrag des Referenten angenommen und die Anträge der Frau Gemeinderätin Schläsinger der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen werden.

G. R. Iser (soz. dem.) beantragt einen Kostenbeitrag von 65.000 Schilling für die Regulierung der Schwarza-

G. R. Egban (E.L.) wünscht Aufklärung darüber, warum sich die Gemeinde an dieser Regulierung finanziell beteiligt.

Der Referent erwidert, dass die Gemeinde ein grosses Interesse an dieser Regulierung wegen der Hochquellenleitung habe. Der Antrag wird angenommen.

H. R. Iser beantragt Rücklagen für den Betrieb Baustoffbeschaffung zum Bau von zwei Garagen.

G. R. Zimmerl (E.L.) bezeichnet es als unzulässig, dass hier Beträge

weil sie früher nicht in Anspruch genommen worden sind jetzt als Rücklagen genommen werden. Das werde nur deswegen gemacht, um den Rechnungsabschluss zu verschleiern. Es soll ein möglichst niedriger Reingewinn ausgewiesen werden. Wenn diese Schiebungen so fort gehen, dann wird aus dem Ueberschuss ein Abgang. Das ist ein Missbrauch der Buchhaltung und die Minderheit werde sich diese Posten genau merken und dann beim Rechnungsabschluss darauf aufmerksam machen.

G. R. Iser entgegnet, dass es ein Irrtum sei, wenn von Verschleierung geredet werde. Die Beträge wurden als erste Anzahlung bereitgestellt, aber nicht überwiesen, was jetzt geschehe. Der Antrag wird angenommen.

G. R. Iser beantragt einen Zuschusskredit für den Betrieb Wasserversorgung.

G. R. Zimmerl bemängelt, dass dieser Betrag aus den Ueberschüssen des Jahres 1925 genommen werde. Hat der Betrieb Wasserversorgung Ueberschüsse, dann soll der Wasserpreis ermässigt werden.

G. R. Untermüller (E.L.) fragt, ob das wiederholte Ansuchen der Arbeitsnachweise um Ermässigung des Wasserbezuges schon genügend studiert wurde.

G. R. Iser erwidert, dass jeder Bewohner der Stadt täglich 35 Liter Wasser kostenlos erhalte. Die Gemeinde gebe den Arbeitslosen umsonst die Fahrkarten und werde auch eigene Arbeitsnachweise errichten. Das sind Aufgaben, die der Bund zu erfüllen hätte und jetzt soll die Gemeinde auch noch einer Bundeseinrichtung das Wasser ermässigen. Das sei natürlich schwer zu verstehen.

Der Antrag wird angenommen.

G. R. Iser beantragt einen Kredit von 396.000 Schilling für den Betrieb Wasserversorgung.

G. R. Scholz (E.L.) beantragt, dass den Industriebetrieben schon bei einer täglichen Abnahme von fünf Kubikmetern Wasser ein ermässiger Preis bewilligt werde. Jetzt widersteht bei einem Verbrauch von zehn Kubikmetern ein Preis von vier Groschen für den Kubikmeter verlangt. Für den geringeren Verbrauch müssen aber zwanzig Groschen bezahlt werden. Die kleinen Bäcker, Fleischselcher, Grünzeugwarenhändler und so weiter verbrauchen aber nicht täglich zehn Kubikmeter und werden für den Minderverbrauch finanziell bestraft.

G. R. Zimmerl (E.L.) bemerkt, dass hier buchhalterische Kunststücke aufgeführt werden, damit die Ueberschüsse verschleiert werden. In Wirklichkeit ist der Wasserpreis viel zu hoch und müsste herabgesetzt werden.

Der Antrag des Referenten wird angenommen, der Antrag Scholz abgelehnt.

G. R. Jenschik (soz. dem.) beantragt ein Mehrerfordernis von rund 30.000 Schilling für die Körperschaftsteuer der städtischen Dampfwäscherei. Der Antrag wird ohne Wortmeldung angenommen.

G. R. Jenschik beantragt die teilweise Abdeckung des Verlustes der Dampfwäscherei aus dem Jahre 1925 durch Ueberweisung auf den Ueberschuss des Jahres 1926

G. R. Zimmerl bezeichnet diese Abdeckung als unzulässig. Bei einer ordentlichen Führung müssten die Tarife erhöht werden. Das will aber die Gemeinde nicht machen, weil sie den erhöhten Tarif selbst tragen müsste. Ich habe mich nur zum Wort gemeldet, um aufzuzeigen, wie die Buchhaltung missbraucht wird. (Beifall bei der Minderheit).

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten, wird der Antrag angenommen und der Vorsitzende GR. Linder schliesst um 10 Uhr die Sitzung